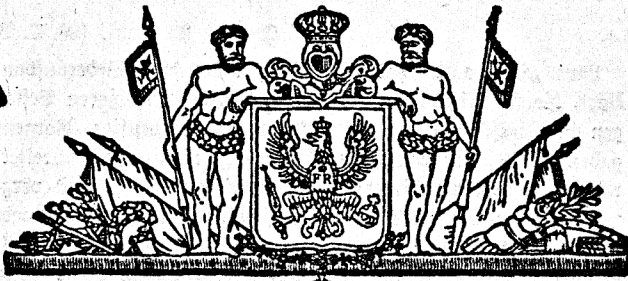


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.): Jul. Eilbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11859 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinbau, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

## Der Räumungsplan in Oberschlesien.

### Eine französische Note.

Die deutsche Regierung hat am 16. Juni an die Regierungen in Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der sie die schärfste Verwahrung gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien einlegte und erklärte, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet sei, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Erfolg könne allein dadurch gezeitigt werden, daß mit erneutem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert werde.

Auf diese Note hat die französische Regierung eine Antwort überreichen lassen, die eine gewisse Empfindlichkeit insofern verrät, als sie zu verstehen gibt, daß Frankreich nicht die richtige Adresse für die Beschwerden sei. Mit einer deutlichen Spitze gegen die englische Taktik, die ihren Widerhall in den deutschen Veröffentlichungen findet, wird gesagt, die Interalliierte Kommission treffe in ihrer Gesamtheit ihre Entscheidungen, und die französische Regierung sehe sich nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die darauf hinzielen, den Präsidenten der Kommission allein verantwortlich zu machen.

Inzwischen sind in Oberschlesien neue Verhandlungen in London über den bereits gestern erwähnten Räumungsplan eröffnet worden. An diesen Verhandlungen nehmen von englischer Seite Sir Harold Stuart und General Henniker, von deutscher Seite Vertreter der Berliner Regierung unter Führung des Legationsrats v. Malgahn vom Auswärtigen Amt, Vertreter der Regierungsparteien und des Zwölfersausschusses teil. Es handelt sich darum, einen vermittelnden Weg zwischen den Auffassungen des Generals Hofer und den Vorschlägen der Entente-Kommission zu finden.

Bemerkenswert ist übrigens, daß der gestern erwähnte Räumungsplan, der „bei Zustimmung beider Teile“ die Säuberung des Abwimmungsgebiets in diesen Tagen herbeiführen soll, von England mit besonderem Nachdruck unterstützt wird. Wir haben im Morgenblatt eine Äußerung des Reutersbüros mitgeteilt, die ohne jeden Zusatz von dem Plan einer progressiven Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien spricht. Noch vor kurzem hatten die englischen Vertreter jede Verhandlung mit den Polen abgelehnt, weil das eine indirekte Anerkennung des Aufstands bedeute. Jetzt wird ganz offen von Verhandlungen „mit beiden Parteien“ gesprochen. In einer Londoner Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wird sogar hinzugefügt, daß beide Parteien das Recht haben sollen, die vorbereitete Linie wieder zu besetzen, wenn die andere Partei die Verpflichtung nicht einhalte. Als De Rond früher solche Vorschläge machte, gab man auf englischer Seite zu verstehen, daß dahinter Korsantys stehe. Heute wird diese neue Lösung aus London dringend empfohlen.

Wenn man sich diese Entwicklung vergegenwärtigt, wird man die Erklärungen, daß sich an dem englischen Standpunkt, wie ihn Lloyd George so prononziert vertreten hat, nichts geändert habe, erst dann für bare Münze nehmen, wenn sie durch Taten erhärtet sind. Bemerkenswert ist noch die Mitteilung, daß der Londoner Vorschlag der Einrichtung dreier Polizeizonen endgültig aufgegeben sei.

### Der Wortlaut der Pariser Note.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 22. Juni.

Die französische Regierung hat dem deutschen Botschafter in Paris auf die deutsche Note vom 16. Juni über die Zustände in Oberschlesien folgende Antwortnote übergeben:

„Herr Botschafter! Sie haben mir durch Ihr Schreiben vom 16. Juni den Wortlaut einer Protestnote der Deutschen Regierung wegen der Ereignisse in Oberschlesien übermittelt. Dieses Schriftstück gibt eine Darstellung, gegen die ich Einspruch zu erheben verpflichtet bin. Die französische Regierung verkennt keineswegs die Ausschreitungen, deren sich die polnischen Insurgenten schuldig gemacht haben. Sie hat diese von Anfang an verurteilt, aber sie kann deshalb das Bild, das Sie von der Lage entwerfen, nicht als zutreffend anerkennen. Die Interalliierte Kommission hat unaufhörlich die größten Anstrengungen gemacht, um die Achtung vor Leben und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden. Die alliierten Regierungen haben Schritte unternommen, um die Freilassung der Geiseln zu erwirken, deren Namen Ihnen mitgeteilt worden sind, und die polnische Regierung hat dem Aufstand keineswegs die Unterstützung zuteil werden lassen, welche Sie brandmarken.

Wenn im übrigen die deutsche Regierung glaubt, eine Reihe von Beschwerden vorbringen zu sollen, muß sie diese an die

Interalliierte Kommission richten. Diese trifft in ihrer Gesamtheit ihre Entscheidungen, und ich sehr mich meinerseits nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die darauf hinzielen, den Präsidenten der Kommission allein verantwortlich zu machen. Ueberdies wäre die Lage heute anders, und die Ordnung in Oberschlesien wäre bereits wieder hergestellt, wenn die deutschen Selbstschutzorganisationen nicht eine Haltung angenommen hätten, welche in gleicher Weise wie der polnische Aufstand eine Herausforderung der Kommission darstellt.

In demselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten durch Taten ihre Bereitwilligkeit erwiesen, sich den Befehlen der Kommission zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem sie begannen, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, besteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hofer und der Führer der deutschen Parteien in Oberschlesien die bereits erzielten Ergebnisse aufs Spiel gesetzt werden. Es kommt im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf an, die eine oder andere Ausschreitung aus der Vergangenheit ans Licht zu ziehen, sondern es handelt sich darum, durch Taten die Autorität der Kommission wiederherzustellen.

General Höfer verkennt durch seine Haltung diese Autorität. Die deutsche Regierung verfügt über hinreichende Machtmittel, um ihn zu der Einsicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorsam gegenüber den Anordnungen der interalliierten Behörden die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung beschleunigen kann, deren Sicherstellung den deutschen Selbstschutzorganisationen angeblich am Herzen liegt. Es ist wahr, daß die deutsche Regierung zu verschiedenen Malen die Versicherung abgegeben hat, dem General Höfer Zurückhaltung angeraten zu haben; aber im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nicht um Zurückhaltung, sondern es handelt sich um Unterwerfung. Allein durch Unterwerfung aller unter die interalliierten Behörden kann die Ruhe in Oberschlesien wiederkehren. Die französische Regierung wird glücklich sein, zu erfahren, daß sich alle Bemühungen der deutschen Regierung in diesem Sinne bewegen.“

## Pogrome in Bromberg.

Abfall des Militärs.

\* Danzig, 21. Juni.

Die „Danziger Zeitung“ meldet, daß es gestern in Bromberg zu schweren Ausschreitungen gegen die ansässigen Deutschen gekommen ist und zahlreiche Läden geplündert worden sind. Deutsche Bürger sollen dabei schwer mißhandelt, verwundet und beraubt worden sein. Zeitungen werden nicht über die Grenze gelassen, auch die deutschen Danziger Zeitungen wurden in den letzten Tagen in Polen beschlagnahmt. In diesen Angriffen auf Deutsche scheint System zu liegen, denn sie werden nicht etwa von der ansässigen polnischen Bevölkerung ausgeführt, sondern von Elementen, die aus Kongresspolen kommen, ähnlich den Insurgentenscharen in Oberschlesien.

Bromberg, 22. Juni. (S. U.)

Die Ausschreitungen gegen die Deutschen in Bromberg haben den Charakter einer bolschewistischen Bewegung angenommen. Am Sonntagabend zog die Menge nach einer Versammlung durch die Stadt und verübte neue Ausschreitungen und Plünderungen. Deutsche und jüdische Bürger wurden mißhandelt. Vollständig demoliert sind bisher die Räume der deutschen „Sozialdemokratischen Volkswacht“, das Weinrestaurant Voehke in der Wilhelmstraße, das jüdische Geschäftshaus von Friedländer in der Brückenstraße und das Schneidergeschäft Simon. Die Demonstranten wandten sich aber diesmal nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen die Polen. Das Café Bristol wurde gestürmt. Das polnische Stadttheater wurde von den Aufständigen ebenfalls gestürmt und die Theaterbesucher aus dem Gebäude geworfen. Danach zog die über 2000 Köpfe starke Menge, hauptsächlich aus dem Bromberger Janhagel bestehend, dem sich in großer Zahl polnisches Militär angeschlossen hatte, vor das Rathaus, um den als deutschfreundlich verschrieenen Stadtpräsidenten Maciaszel herauszuholen. Der Stadtpräsident wurde schwer mißhandelt. Nur die Offiziere und Schüler der Offizierschule waren noch der Regierung treu geblieben. Trotz aller Warnungen versuchte die Menge, sich auf diese Offiziere und Offizierschüler zu stürzen. Gegen 12 Uhr nachts machten diese von der Waffe Gebrauch und eröffneten Feuer gegen die Menge mit Maschinengewehren. Nun flüchteten die Aufständigen auseinander. Sie ließen 9 Tote und 15 Verwundete zurück, darunter auch einige Soldaten, die an dem Aufstand teilgenommen hatten. Der schwermißhandelte Stadtpräsident mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

## Die Bündnisfrage auf der Reichskonferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

London, 21. Juni.

Die heute abgehaltene zweite Sitzung der Reichskonferenz war den Antwortreden gewidmet, in denen die Premierminister der Selbstverwaltungsgebiete und der Vertreter der britisch-indischen Verwaltung zu Lloyd Georges Programmrede Stellung nahmen. Während der Premierminister von Kanada, Meighen, und der indische Vertreter Srinivasa Sastry die Abhängigkeit dieser Gebiete betonten — der Indier forderte zugleich eine gleichartige Behandlung aller britisch-indischen Bürger seitens der Selbstverwaltungsgebiete — gingen der südafrikanische Premierminister Smuts und der australische Ministerpräsident Hughes auf das wichtigste außenpolitische Problem der Konferenz: die Vertragsbeziehungen zu Amerika und Japan, ein.

Smuts ging bei seinen Ausführungen von den schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen des letzten Krieges aus. Der Weltkrieg, so meinte er, muß zu einer Läuterung der Seelen führen, zu dem Bedürfnis, in der ganzen Welt eine Politik zu treiben, die den Frieden wahrt. Wenn man zur Rüstungspolitik der vergangenen Zeit zurückkehrt, so würde das ein Betrug an den Idealen sein, für die die Dominions in den Krieg gezogen sind. Tragen wir die Rüstungen weiter, von denen wir die Länder Mitteleuropas befreit haben, so sind diese in wirtschaftlichem Wettbewerb stark begünstigt. Die allgemeine Wirtschaftslage hat sich sowieso zugunsten Mitteleuropas entwickelt. Dazu kommt die deutsche Valuta, die es ermöglicht, deutsche Waren auf dem Weltmarkt anzubieten, zu Preisen, zu denen wir sie nicht herstellen können. Europa leidet jetzt an Erschöpfung. Es ist jetzt nicht mehr der wichtigste Schauplatz der großen Politik. Dieser ist jetzt im fernen Osten und am Stillen Ozean gelegen. Die Politik im Stillen Ozean ist in den nächsten fünfzig Jahren die Politik der Welt. Der große Akt im weltgeschichtlichen Drama, der sich dort abspielen wird, darf nicht nach den gleichen Prinzipien abrollen wie sein Vorgänger in Europa. Die einzige Sicherheit für das Britische Weltreich besteht in einem Zusammenarbeiten mit Amerika. Ich spreche hier nicht für ein formelles Bündnis. Dieses wäre vielleicht unerwünscht oder sogar unmöglich. Das britische Imperium ist aus dem Kriege als die stärkste Weltmacht hervorgegangen. Es braucht keine Bündnisse, aber es braucht politische Freundschaften. Wir werden die Lösung der politischen Zukunftsfragen durch freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den großen Mächten am Stillen Ozean: Amerika, Japan und China, suchen müssen. Eine freundschaftliche Konferenz wäre der beste Weg, um eine wirksame Lösung zu finden.“

Der australische Imperialist Hughes schlug in seiner Rede, die zugleich Lloyd George und Smuts zur Antwort dienen sollte, den ihm eigentümlichen aggressiven Ton an. Er begrüßte die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, mit den Selbstverwaltungsgebieten über Fragen der auswärtigen Politik zu beraten. Damit solche Beratungen wirksam werden könnten, sei eine Besserung der Verhältnisse zwischen den Dominions notwendig. Wir müssen uns fortlaufend untereinander verständigen können. Wir müssen Einblick in die Dinge erhalten, bevor sie behandelt werden, und nicht nachträglich erfahren, was geschehen ist.“

Die „freundschaftliche Konferenz“, die Smuts vorgeschlagen hatte, erhielt in der schärferen Formulierung von Hughes gleich ein ganz anderes Gesicht. „Laden Sie die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Japan ein, mit uns zusammenzuarbeiten, ich glaube nicht, daß die Welt das Schwert in eine Pfugspitze verwandeln wird, aber wir können jetzt den Bau neuer Kriegsschiffe verhindern. Wenn wir jetzt unterlassen, eine Einigung über die Begrenzungen der Rüstungen zu sichern, werden wir dies in einigen Jahren nicht nachholen können. Wenn dieser Beschluß nicht gefaßt wird, dann erschüttern wir jetzt mit unseren Reden nur die Luft. Der Krieg und der Panamakanal haben den Schauplatz der Weltpolitik vom Mittelmeer und Atlantischen Ozean nach dem Stillen Ozean verlegt. In diesen Gewässern befindet sich jetzt die amerikanische Flotte, Frieden im Stillen Ozean bedeutet Frieden im britischen Reich und Frieden für die ganze Welt. Es muß daher als conditio sine qua non festgesetzt werden, daß jeder künftige Vertrag mit Japan die Möglichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten ausschließt.“

Am Schluß seiner Rede — die bezeichnenderweise von den englischen Ministern nicht ergänzt oder abgemindert wurde — forderte Hughes eine starke Reichsflotte und Kolonialflotten, die aus den Mitteln der Selbstverwaltungsgebiete bestritten werden müßten. Die Reichsflotte müsse unter einheitlichem Oberbefehl im Falle eines Krieges mit den Flotten der Selbstverwaltungsgebiete